

Ecuador

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	16
Polizei und andere Sicherheitskräfte	18

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	19
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	19
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	20
Innere Lage im Empfängerland	24
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	26
Bedrohung von Alliierten	28
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	29
Unerlaubte Wiederausfuhr	31
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	32

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

In den 1990er Jahren beschränkten sich deutsche Rüstungsexporte nach Ecuador weitestgehend auf Dieselmotoren zur Modernisierung italienischer Korvetten und der TNC-45 Patrouillenboote. Seit 2006 hat der Rüstungshandel zugenommen. Unter den gelieferten Rüstungsgütern finden sich vorwiegend Ersatzteile für die Marine. Ecuador ist bestrebt, einen Großteil seines alten und teilweise schon gebraucht erworbenen Rüstungsmaterials zu modernisieren und bezog den Großteil seiner Rüstungsgüter in den letzten Jahren aus den Niederlanden, Südkorea, Chile und Deutschland. Im Zeitraum von 2019 bis 2023 belegte Deutschland sogar den vordersten Platz der Rüstungslieferanten.

Die ecuadorianische Rüstungsindustrie ist relativ klein. Waffen werden nur sehr vereinzelt in Eigenproduktion hergestellt, beispielsweise die selbst entwickelte 9mm PAME-90 Maschinenpistole. Bis heute bleibt Ecuador von Rüstungslieferungen abhängig, auch wenn seit den 1990er Jahren erfolgreich eigene Kapazitäten zur Wartung und Instandsetzung der eigenen Rüstungsgüter aufgebaut wurden. Das Land möchte sich, wie weitere südamerikanische Staaten, von ausländischen Rüstungskonzernen unabhängiger machen; Rüstungskooperationsvereinbarungen mit anderen Staaten werden daher zum Aufbau eigener Kapazitäten geschlossen.

Ecuadors Militär ist integraler Bestandteil des Staates und der Gesellschaft. Insgesamt ist das Militär ein starker Akteur im politischen und gesellschaftlichen Leben. Historisch gesehen war das Militär während der Militärherrschaft zwischen 1963 und 1966 sowie zwischen 1972 und 1979 prägend für das Land. Anschließend wurde es zusehends zum Instrument der verschiedenen Regierungen. Zwar gab es in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutliche Fortschritte in der Demokratisierung des Landes, doch ist es bis heute nicht gelungen, eine umfangreiche und komplette demokratische bzw. parlamentarische Kontrolle des Militärs zu etablieren. Als Ergebnis eines Putschversuchs 2010 veranlasste der damalige Präsident Correa im Oktober des Jahres die Erhöhung der Löhne für die Streitkräfte und die Polizei. Es wird vermutet, dass er sich hierdurch ihre Loyalität sichern wollte.

Die ecuadorianische Polizei (National Police) ist formell Teil des Militärs und steht unter Aufsicht des Ministeriums für allgemeine Regierungsangelegenheiten (Ministry of Government). Ihre Organisation ist eng an die hierarchischen Strukturen des Militärs geknüpft. Der/die Präsident:in ist nicht nur Oberbefehlshaber:in des Militärs, sondern übt auch direkte Befehlsgewalt und Kontrolle über die Polizei aus.

Der Polizei werden anhaltende Korruption sowie die Verwicklungen weiter Teile des Polizeiapparats in den grassierenden Drogenhandel vorgeworfen. Mängel und Defizite bei der Polizei sowie der daraus resultierende unzureichende Schutz der Bevölkerung führen vermehrt zu Fällen von Selbstjustiz. Betroffen sind insbesondere arme und indigene Bevölkerungsgruppen.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Ecuador ist einem Großteil der internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Im Jahr 2008 beantragte die Regierung in Quito eine Verlängerung zur Minenräumung, welche mittlerweile allerdings weitestgehend abgeschlossen ist.

Ecuador ist auch den zentralen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Hinsichtlich der Umsetzung der Verträge und Konventionen zeigen sich jedoch weiterhin erhebliche Defizite. Generell sieht die Verfassung den Schutz der grundlegenden Menschenrechte zwar vor, in der Praxis kommt es Berichten zufolge aber immer wieder zur Missachtung oder gar Verletzung dieser Rechte. So gab es seitens der Regierung immer wieder Versuche, die Meinungs- und Pressefreiheit weiter einzuschränken und zu regulieren. Die politische und soziale Fragmentierung erschwert die Umsetzung von Menschenrechtsstandards und manifestiert soziale Ungleichheit. In Hinblick auf wirtschaftliche Rechte besteht weiterhin eine signifikante Ungleichbehandlung von Frauen. Diskriminiert werden auch indigene Bevölkerungsgruppen und LGBTQIA+ Personen. Seit einigen Jahren eskaliert zudem die offenen ausgetragene Gewalt im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität, sodass Ecuador – das lange als eins der sichersten und friedlichsten Länder der Region galt – mittlerweile als eins der gefährlichsten gilt. Die Mordrate hat sich seit 2016 verachtfacht und es kommt seit 2023 regelmäßig zu Ausnahmezuständen, bei denen auch das Militär mobilisiert wird.

In der Region herrscht eine angespannte politische Situation. Zwar ist die Lage in einigen Staaten als stabil zu bezeichnen, in anderen wiederum herrschen Konflikte, Auseinandersetzungen und politische Umbrüche. Zudem war die gesamte Region lange von dem Kampf um regionale Vorherrschaft gekennzeichnet. Insbesondere Brasilien ist bestrebt, durch den Ausbau und die Modernisierung des Militärs seinen regionalen Führungsanspruch zu untermauern und strebt darüber hinaus einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Doch auch viele andere Länder in Lateinamerika haben, besonders zum Beginn des vergangenen Jahrzehnts, beträchtlich in den Verteidigungshaushalt investiert und zahlreiche neue Waffen beschafft. Zwar konnten eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region die Zusammenarbeit stärken, doch haben Waffenkäufe die sicherheitspolitische Kooperation in der Vergangenheit teilweise erschwert. Dennoch kann heute konstatiert werden, dass der zu Beginn der vergangenen Dekade angenommene Rüstungswettlauf sich so nicht zeigte.

Weiterhin belasten regionale Konflikte die lateinamerikanischen Staaten: Zwischen Ecuador und Peru bestand ein langanhaltender Grenzkonflikt, der mehrfach zu bewaffneten Konflikten zwischen beiden Staaten geführt hat. Auch Grenzkonflikte mit Kolumbien prägen die ecuadorianische Sicherheitspolitik. Im März 2008 eskalierte die Situation als Kolumbien den Kommandanten der FARC Reyes mit US-amerikanischer Hilfe ortete und während einer militärischen Aktion erschoss. Da die Regierung in Quito vorher über eine solche Aktion nicht informiert wurde, brach sie die Beziehungen zu Kolumbien zeitweise ab und verlegte Truppen an die Grenze. Diplomatische Beziehungen wurden erst wieder im Dezember 2010 aufgenommen.

Bereits 1967 gab es erste Schritte einer regionalen Rüstungskontrolle mit der Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen erst in den letzten Jahren entstanden: zum einen die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import/ Export Wege transparent zu machen, zum anderen die OAS Transparency Convention mit Ziel, einen Informationsaustausch zwischen den Staaten zum Import und Export konventioneller Waffen herbeizuführen.

Ecuador ist den meisten Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Gegenwärtig besteht für Ecuador keine direkte Bedrohung durch den transnationalen Terrorismus. Der Drogenschmuggel ist mit Abstand das größte Kriminalitätsproblem in Ecuador. Dennoch steigen mit der Zunahme der organisierten Kriminalität und Bandengewalt auch viele weitere Formen der Kriminalität.

Der Weltbank zufolge zählt Ecuador mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 6.510 US-Dollar zu den Ländern mit einem gehobenen mittleren Einkommen („upper-middle income economies“). Auf dem Global Competitiveness Index 2019 erzielte es 55,7/100 Punkten und belegt damit einen Platz im unteren Mittelfeld (Platz 90 von 141). Mit einem Wert von 0,765 rangiert Ecuador auf Platz 83 von 193 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2022, was den HDI-Kategorien folgend einer „hohen menschlichen Entwicklung“ entspricht. Die Gefahr, dass unverhältnismäßige militärische Ausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist gering.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für U-Boote: 99,0%	0,005
2000	Transportflugzeug: 59,1%; Teile für Torpedos: 16,5%; Teile für Bordnetzschaltanlage: 11,8%	0,17
2001	Transporthubschrauber, Transportflugzeuge: 63,6%; Hydrophone, Teile für Sonaranlagen und Echolotanlagen: 36,4%	0,98
2002	Teile U-Boote: 66,5%; Teile für Feuerleiteinrichtungen von U-Booten: 20,5%	0,44
2003	Teile für U-Boote: 92,2%	1,08
2004	Hydrophongruppe und Kreisel für Kompassanlagen: 68,4%; Bauteile für Torpedos: 31,6%	0,22
2005	Teile für U-Boote und Sonaranlagen	0,48
2006	Teile für Korvetten und U-Boote: 92,6%	6,13
2007	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 92,4%	1,5
2008	Teile für U-Boote und Echolotanlagen: 99,7%	7,07
2009	Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 70,1%; Laserentfernungsmesser und Teile für Laserentfernungsmesser: 18,7%	3,61
2010	Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte: 88,2%	3,42
2011	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung: 91,0%	1,66
2012	Teile für U-Boote, Sonaranlagen und Echolotanlagen: 99,9%	3,86
2013	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 91,3%	3,42
2014	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 97,4%	0,49
2015	Container: 58,7%; Teile für U-Boote und Fregatten: 27,5%	1,00
2016	Teile für Tauchgeräte: 59,3%; Teile für Fregatten: 40,7%	0,03

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2017	Teile für U-Boote, Fregatten und Korvetten: 89,5%	0,56
2018	LKW und Teile für LKW: 94,9%	1,68
2019	Teile für U-Boote, Korvetten, Kampfschiffe, Schiffe, U-Boot-Dieselmotoren und Unterwasserortungsgeräte: 95,3%	5,32
2020	Mehrzweckschiff (Materialpaket) und Teile für U-Boote, Korvetten, Mehrzweckschiff: 81,3%	21,42
2021	Hubschrauber und Teile für Hubschrauber: 98,8%	72,37
2022	Teile für U-Boot-Dieselmotoren: 96,5%	0,09
2023	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 100,0%	0,26

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

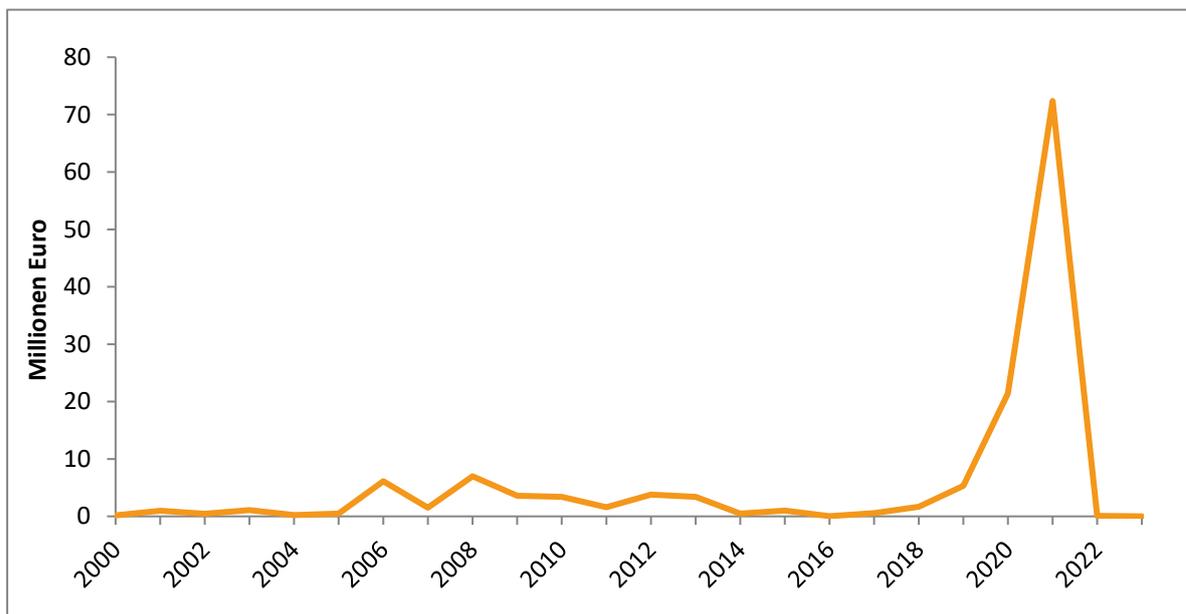


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Ecuador 2000-2023

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
6	EC145	Leichte Hubschrauber	2019	2020-2021	6	Neuwertig
8	G-120 TP	Trainingsflugzeuge	2019	2020-2022	8	Neuwertig
1	MPV70 Mk-2	Hochseepatrouillenboot/Transportschiff	2020			Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

In den 1990er Jahren beschränkten sich deutsche Rüstungsexporte nach Ecuador weitestgehend auf Dieselmotoren zur Modernisierung italienischer Korvetten und der TNC-45 Patrouillenboote. Zwischen 1999 und 2006 hatte Deutschland für Ecuador nur wenig Bedeutung im Rüstungshandel und deutsche Unternehmen lieferten hauptsächlich Ersatzteile. Zwischen 2006 und 2013 hatten sich die Rüstungsexporte nach Ecuador zwar deutlich erhöht, blieben aber insgesamt auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Infolge der ecuadorianischen Anstrengungen, einen Teil der Marine zu modernisieren, lieferte Deutschland überwiegend Unterwasserortungsgeräte sowie Ersatzteile für die drei deutschen TNC-45 Patrouillenboote und zwei deutsche U-Boote. 2018 wurde außerdem der Export von militärischen LKW sowie entsprechenden Ersatzteilen genehmigt. 2019 wurden sechs bewaffnete H145M Hubschrauber von Airbus Helicopters sowie acht G-120 TP Trainingsflugzeuge bestellt, die zwischen 2020 und 2022 ausgeliefert. Darüber hinaus schloss Ecuador mit Deutschland ein Geschäft über 42 Mio. US-Dollar ab, demzufolge ein MPV70 Mk-2 Patrouillenboot in Lizenz in Ecuador produziert werden soll. Dessen Lieferung ist für 2024 angesetzt.

2020 erreichten die Exportgenehmigungen Deutschlands somit mit einem Gesamtwert von 21,4 Millionen Euro einen absoluten Höchststand, welcher 2021 jedoch mit 72,3 Millionen nochmals übertroffen wurde. Deutschland gilt damit seit einigen Jahren als Hauptlieferant für Rüstungstechnologie. 2022 und 2023 lagen die Anzahl der Genehmigungen jedoch wieder bei einem geringeren Umfang von ca. 90.000 bzw. 260.000.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Ecuador 2019-2023, Mio. TIV¹

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	3	21	15	9	8	56

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

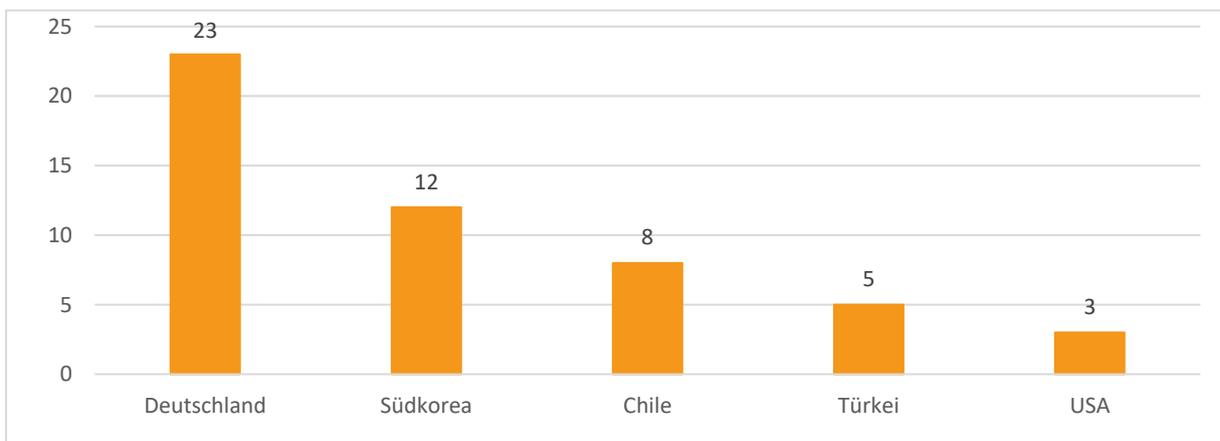
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Ecuador 2019-2023, Mio. TIV

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	-	8	14	1	-	23

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2019-2023, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2024) nahm Ecuador zwischen 2019 und 2023 die 106. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Ecuador bezog den Großteil seiner Rüstungsgüter dabei aus Deutschland, Südkorea, Chile, der Türkei und der USA. In der vergangenen Fünfjahresperiode waren auch Polen und Frankreich wichtige Lieferanten, bis zum Jahr 2020 gehörte auch Spanien und bis 2021 auch die Niederlande zu den wichtigsten Rüstungslieferanten.

Ecuador ist bestrebt, einen Großteil seines alten und teilweise schon gebraucht erworbenen Materials zu modernisieren. Die jüngsten Lieferungen von leichten Helikoptern (EC145), Trainingsflugzeugen (G-120TP) sowie das Abkommen über eine Lizenzproduktion eines Offshore-Patrouillenbootes, beförderten Deutschland bereits für den Zeitraum 2018 bis 2022 an die erste Stelle der wichtigsten Rüstungslieferanten für Ecuador.

Südkorea stiftete im Jahr 2020 zwei gebrauchte Haeuri-Patrouillenboote, Chile lieferte in den letzten fünf Jahren ein gebrauchtes Schleppboot (Veritas) und die USA fünf Dieselmotoren (für südafrikanische Mannschaftstransporter), je einen Bell-407 bzw. -430 Helikopter. Die Lieferung eines King Air 360ER Transportflugzeuges aus den USA steht noch aus. In der Türkei wurden 2023 zudem 200 neuwertige Cobra-2 Mannschaftstransporter geordert, von denen bisher 20 geliefert worden sein sollen.

Aus Polen wurde 2018 ein M28 Skytruck (Leichttransportflugzeug) geliefert. Frankreich lieferte zwischen 2011 und 2018 zwei S-CUBE U-Boot-Radare für die Modernisierung zweier Typ-209 U-Boote sowie elf AS-350/AS-550 (leichte Mehrzweck-Militärhubschrauber). Die Niederlande lieferten zwischen 2012 und 2017 insgesamt sechs Stan Patrol (-2606 und -5009) Patrouillenboote für die Küstenwache, welche in Ecuador produziert bzw. montiert wurden. Spanien lieferte im Zeitraum 2014 bis 2016 drei C-295-Transportflugzeuge und vier Lanza-Radare für den Luftraum, hat seither aber keine großen Waffensysteme mehr nach Ecuador exportiert. Traditionell zählt auch Brasilien zu den wichtigsten Rüstungslieferanten Ecuadors. Allerdings hat dessen Bedeutung in den letzten Jahren abgenommen, nachdem das Land in den Jahren 2010 und 2011 noch 18 EMB-314 Super Tucano Trainings-/Kampfflugzeuge im Wert von 220 Mio. US-Dollar geliefert hatte.

Seit 2014 intensivieren sich außerdem die Beziehungen zu China, nach der Unterzeichnung einer Vereinbarung zur militärischen Hilfe. So spendete China 2016 unter anderem 10.000 AK-47-Sturmgewehre, Munition, drei Patrouillenboote und 300 Dieselgeneratoren und weiteres Equipment. 2015 bestellte Ecuador zudem 709 Militärfahrzeuge (bspw. Mehrzweck-LKW, Kleinbusse und Tankwagen) im Wert von 81 Millionen US-Dollar von China.

Militärausgaben

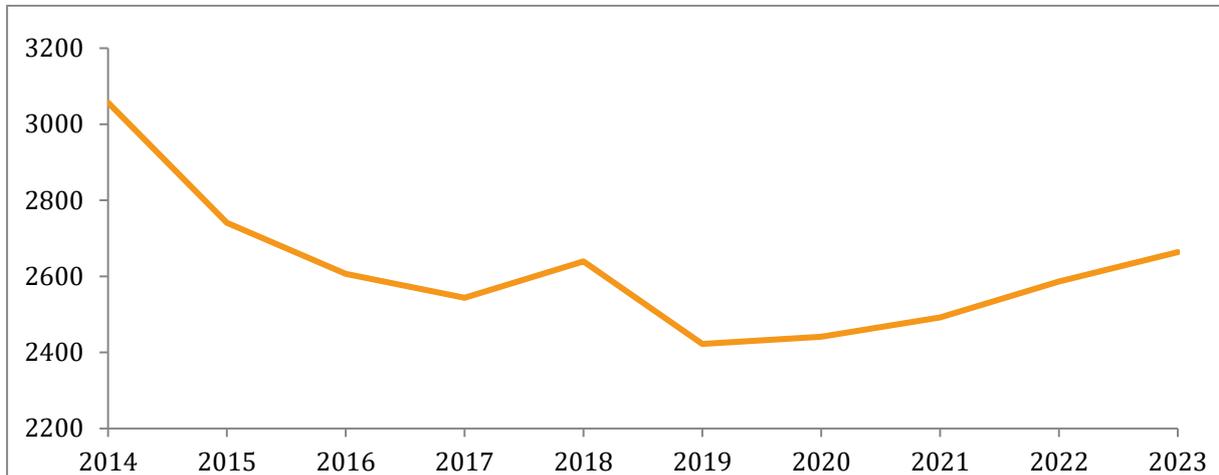
Tabelle 5
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2422	2441	2492	2586	2664
Anteil am BIP (in Prozent)	2,2	2,4	2,3	2,2	2,3
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	5,5	6,1	6,0	5,7	6,1

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

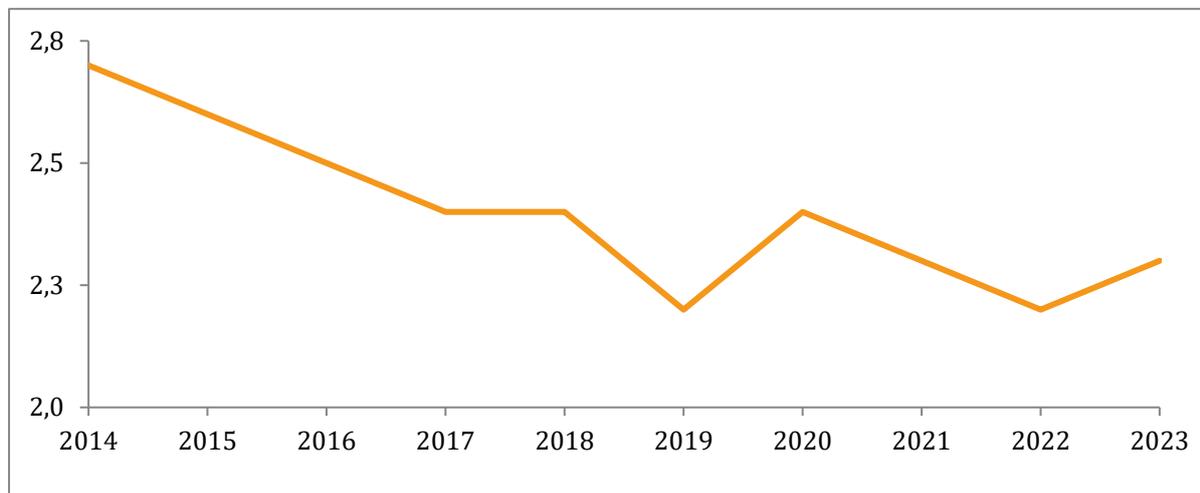
Absolute Militärausgaben, Trend 2014 – 2023 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2022.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2014 – 2023 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die ecuadorianische Rüstungsindustrie ist relativ klein. Waffen – es handelt sich hauptsächlich um Kleinwaffen und Munition – werden nur vereinzelt in Eigenproduktion

hergestellt. Unter anderem wird die selbst entwickelte 9mm PAME-90 Maschinenpistole in Ecuador produziert und von der ecuadorianischen Armee eingesetzt. Ausrüstungsgegenstände für die Streitkräfte wie Uniformen, Schuhe oder Zelte werden ebenfalls in den heimischen Fabriken produziert. Die meisten dieser Güter werden in Unternehmen hergestellt, die sich im Besitz der ecuadorianischen Armee befinden und vom Amt für Industrie (DINE) koordiniert werden.

Darüber hinaus besteht seit 2014 eine Kooperation mit der niederländischen Damen Group, durch die die ecuadorianische staatliche Werft Astilleros Navales Ecuatorianos (ASTINAVE) eigene Patrouillenboote mit Unterstützung des Vertragspartners herstellt. ASTINAVE baute in den letzten Jahren ihre Fähigkeiten weiter aus und legt 2019 ein Mehrzweckschiff (Projekt Alpha) auf Kiel, welches 2021 ausgeliefert werden sollte. Ob dies geschehen ist, ist bislang unklar. Ein weiteres Mehrzweckschiff auf Basis des MPV70 Design der deutschen Fassmer-Werft sollte 2023 folgen. Stand Februar 2024 ist die Montage aber noch in vollem Gange. Im Dezember 2013 wurden außerdem Planungen bekannt, denen zufolge Ecuador und Belarus zukünftig eine Kooperation im Bereich der Drohnenentwicklung eingehen. Der Fokus soll hierbei auf unbemannte Luftfahrzeuge für den Grenzschutz liegen. Neuere Informationen hierzu liegen allerdings nicht vor.

Bis heute bleibt Ecuador von Rüstungslieferungen abhängig, auch wenn seit den 1990er Jahren erfolgreich eigene Kapazitäten zur Wartung und Instandsetzung der eigenen Rüstungsgüter aufgebaut wurden. Das Land möchte sich, wie weitere südamerikanische Staaten, von ausländischen Rüstungskonzernen unabhängiger machen. Im Jahr 2010 hat die Nationalversammlung eine Verteidigungskooperation mit Brasilien und eine militärisch-technische Zusammenarbeit mit Venezuela vereinbart. Diese haben das Ziel, die eigene Rüstungsindustrie zu stärken und auszubauen. Insbesondere der Technologietransfer sowie gemeinsame Entwicklungen im Rüstungsbereich sind von Interesse. Hinzu kommen ein militär-akademischer Austausch und das gemeinsame technische Training. Überlegungen zu einer verstärkten Kooperation mit dem Iran gibt es seit 2009. Mit iranischer Hilfe soll ebenfalls die Rüstungsindustrie weiter ausgebaut werden. Konkrete Ergebnisse dieses Plans gibt es bislang allerdings ebenso nicht. Vielmehr lässt sich ein Wiederbeleben der Kooperation mit den USA beobachten.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: freiwilliger Wehrdienst

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

39.600 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 24.000

Marine: 9.400

Luftwaffe: 6.200

Reserve: 118.000

Paramilitärische Einheiten: 500

Quelle: IISS Military Balance 2024

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2015–2022

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	40,2	40,2	40,2	40,2	40,2	41,2	41,2	41,2
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	2,5	2,4	2,4	2,4	2,3	2,3	2,3	2,3

Quellen: IISS Military Balance, 2016-2023, World Bank

Kommentar

Die Größe von Ecuadors Streitkräften ist im Verhältnis zu anderen Staaten der Region recht moderat. Der Großteil der Soldat:innen ist im Heer konzentriert. Ebenso ist es der politischen Führung möglich, auf eine Reserve von 118.000 Soldat:innen zurückzugreifen. Ihre primäre Aufgabe liegt in internen Sicherheitsaufgaben. So sind die Streitkräfte etwa im Kontext der venezolanischen Flüchtlingskrise im Norden des Landes sowie in der Aufstands- und Drogenbekämpfung aktiv (siehe nächsten Abschnitt). Hierzu halten sie gemeinsame Übungen mit den Streitkräften Venezuelas, aber auch mit den peruanischen Streitkräften (etwa im Kontext illegalen Bergbaus) sowie den kolumbianischen Streitkräften ab. Auch werden (wieder) zunehmend Übungen mit US-Streitkräften abgehalten. Über die nationalen Verteidigungsaufgaben hinaus nahmen die ecuadorianischen Streitkräfte in der Vergangenheit zudem an der Friedensmission in Haiti (UN-MINUSTAH) oder UNAMID (Sudan) teil. Derzeit partizipieren sie mit insgesamt 11 Soldat:innen an den Friedensmissionen UNMISS (Südsudan), UNISFA (Sudan), MINUSCA (Zentralafrikanische Republik) und MINURSO (Westsahara). Die Fähigkeiten zum eigenständigen Einsatz über die Landesgrenzen hinaus sind allerdings limitiert. Das Equipment aller Streitkräfte altert zunehmend, die Einsatzfähigkeit ist daher insgesamt eingeschränkt. Die Modernisierungsbestrebungen sind dennoch von eher bescheidenem Umfang und konzentrieren sich auf gepanzerte Fahrzeuge und Seeraumüberwachung.

Der letzte konventionelle Kampfeinsatz der Streitkräfte war der Cenepa-Krieg mit Peru, der Teil eines größeren Grenzkonfliktes zwischen Peru und Ecuador war. Nach dem kurzen Krieg konnten beide Staaten 1995 einen Waffenstillstand erreichen. Nachdem Kolumbien ein Friedensvertrag mit der FARC abschloss (2017), kündigten die ecuadorianischen Streitkräfte eine Reduzierung der Ausgaben zur Grenzsicherung an.

Bewaffung der Streitkräfte

Tabelle 7
Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Leichte Panzer	25	
Aufklärer	42	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Gepanzerte Mehrzweckfahrzeuge	20	Cobra II
Gepanzerte Mannschaftstransporter	151	
Artillerie	486	Davon 357 Mörser (81mm)
Luftabwehr	240	Zahl der Geschütze; zusätzlich tragbare Flugabwehrraketen, u. a. <i>Blowpipe</i>
Transportflugzeuge	10	
Ausbildungsflugzeuge	4	
Mehrzweckhubschrauber	30	Davon 13 mit HOT-Panzerabwehr- lenkwaffen
Transporthubschrauber	13	

Quelle: *ISS Military Balance 2024*

Kommentar

Im Jahr 2023 wurde das Heer von 25.650 auf 24.000 Soldat:innen reduziert. Das Heer verfügt trotz verschiedener Waffensysteme über größtenteils einheitliches Equipment. Das teilweise hohe Alter der Gegenstände führt jedoch immer wieder zu Ausfällen. Die Armee verfügt über keinerlei schwere Kampfpanzer und nutzt stattdessen etwa 25 veraltete leichte Kampfpanzer des Typs AMX-13. Diese wurden nur bis 1985 produziert und Ecuadors Bestand bereits 1990 modernisiert. Der Zustand ist demnach ungewiss. Darüber hinaus hat Ecuador eine Flotte von 151 gepanzerten Mannschaftstransportern im Einsatz. Den größten Teil machen dabei 82 Fahrzeuge des Typs AMX-VCI aus, die 1976-1978 aus Frankreich geliefert wurden. Ergänzt werden diese durch 20 Fahrzeuge des Typs M113, die bereits im Jahr 1968 aus den Vereinigten Staaten importiert wurden. Ecuadors Flotte an Aufklärungsfahrzeugen besteht aus brasilianischen Modellen der Typen EE-3 Jararaca (10 Stück) und EE-9 Cascavel (32 Stück), welche 1984 geliefert wurden.

Da das Heer neben der Landesverteidigung auch im Kampf gegen organisierte Kriminalität und den Drogenhandel sowie der Verhinderung illegaler Einwanderung eingesetzt wird, ist das Equipment besonders auf schnell verlegbare Einheiten ausgelegt. Dazu setzt das Heer unter anderem russische Mi-17 Mehrzweckhubschrauber und französische As-332 Super Puma Hubschrauber ein. Letztere wurden im Juni 2017 nach einer umfassenden Modernisierung wieder in Betrieb genommen.

Das Schnellfeuergewehr HK33 von Heckler & Koch dient als Standardgewehr bei Spezialeinheiten und Marineinfanterie. Etwa 30.000 Stück wurden 1994 aus England geliefert, weitere 3.000 aus Chile.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Fregatten	2	
Patrouillenboote	9	
Davon Korvetten	6	
Logistik und Unterstützung	8	

Quelle: IISS Military Balance 2024

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:

- 2 Küstenpatrouillenflugzeug
- 3 Aufklärungsflugzeuge
- 3 Ausbildungsflugzeuge
- 2 Transportflugzeuge
- 9 Transporthubschrauber
- 4 Aufklärungsdrohnen

Marineinfanterie:

Mehr als 32 Artilleriegeschütze (81mm und 120mm Mörser)
Einige Luftabwehrraketensysteme (u. a. 9K38 Igla)

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Die ecuadorianische Marine ist eine gut strukturierte und trainierte Teilstreitkraft. Sie verfügt wie die anderen Teilstreitkräfte aber über zunehmend alterndes Material. Primäre Aufgaben sind Seeraumüberwachung und der Schutz der Küstengewässer. Unter den ca. 21 Schiffen befinden sich auch zwei deutsche U-Boote der Klasse 209/1300. Beide wurden infolge eines 2008 unterzeichneten Vertrages mit der chilenischen Asmar Werft einer Grundinstandsetzung und Modernisierung unterzogen. Durch diese Modernisierung wurde die Laufzeit der beiden U-Boote um etwa 20 Jahre verlängert. Darüber hinaus verfügt die Marine über zwei Fregatten der Leander Klasse. Diese wurden 2008 gebraucht aus Chile bezogen und sind bereits in die Jahre gekommen. Ähnlich sind auch die sechs Korvetten der Esmeraldas Klasse, die zwischen 1982 und 1984 für 200 Millionen US-Dollar aus Italien importiert wurden, etwas betagter.

Jüngste Anschaffungen und geplante Rüstungskäufe waren stets auf die effektive Bekämpfung des Drogenschmuggels ausgelegt. Hierbei kooperiert die Marine eng mit der US-Marine. Im Rahmen dieser Kooperation wurden infolge der Vereinbarungen von 2011 auch zwei SH-2G Helikopter im Gesamtwert von etwa 60 Mio. US-Dollar aus den USA geliefert, die besonders zur Bekämpfung von Unterseebooten geeignet sind, da diese verstärkt zum Schmuggel eingesetzt werden (sog. Narco-submarines).

Die Marineflieger können auf zehn Flugzeuge, neun Hubschrauber sowie vier Drohnen zurückgreifen, die alle einsatzbereit sind. Sie unterstützen die Marine, andere Einheiten des

Militärs und die Küstenwache bei ihren Operationen. Die Marineinfanterie greift neben der HK 33 auch auf die MP-5 von Heckler & Koch zurück. 2012 kündigte Ex-Präsident Correa weitere Modernisierungsmaßnahmen mit Blick auf die Seestreitkräfte an. Dazu zählten beispielsweise die Beschaffung von zwei Such- und Rettungshelikoptern (SAR), sechs Beechcraft Patrouillenflugzeuge, und möglicherweise Ersatz für zwei raketenbestückte Fregatten. Weitere kleine Schiffe und unbemannte Flugzeuge (UAVs) dienen dem Ausbau des sogenannten Luft-See-Überwachungssystems (Air-Maritime Surveillance System, SVAM). Seit 2017 können die eigens gebauten Hochseepatrouillenboote Isla San Cristobal und Isla Isabela eingesetzt werden, wodurch die Fähigkeiten in der Küstenwache erhöht werden. Im Jahr 2021 sollte zudem ein neues, 80m langes Mehrzweckschiff mit der Bezeichnung Alpha in Dienst gestellt werden, ob dies bisher geschehen ist, ist jedoch unklar. Die Arbeiten dazu begannen im November 2019 auf der ecuadorianischen Astinave Werft. Ein weiteres Mehrzweckschiff soll folgen. Dieses basiert auf dem MPV70 Design der deutschen Fassmer-Werft, wird aber in Ecuador selbst gefertigt.

2021 wurden für die Dschungelbrigade 19 ‚Napo‘ zusätzliche Fluss-Patrouillenboote und Equipment gekauft, um die Grenze nach Kolumbien besser schützen zu können und dort den Schmuggel von Kokain, aber auch illegale Grenzübertritte zu verhindern. 12 dieser Boote stammen aus israelischer Produktion und wurden 2021 durch die Firma Elbit Systems ausgeliefert; die genaue Typenbezeichnung ist jedoch geheim. Im August 2017 wurde zudem ein chinesisches Fischerboot beschlagnahmt, da es in der Ausschließlichen Wirtschaftszone Ecuadors illegal fischte. Dieses wurde von der heimischen ASTINAVE Werft zu einem Unterstützungsschiff umgebaut und 2020 in Dienst gestellt.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Transportflugzeuge	19	Inkl. 7 Passagierflugzeuge
Ausbildungsflugzeuge	36	Davon 17 kampffähig
Transporthubschrauber	13	
Luftabwehr	Mehr als 62	Zahl der Flugabwehrraketen und Geschütze; zusätzlich einige Flugabwehrraketensysteme, z. B. 9K310 Iгла
Raketen	Einige	z. B. Python III und IV

Quelle: *IISS Military Balance 2024*

Kommentar

Insgesamt verfügt die Luftwaffe über Flugzeuge und Hubschrauber aus zahlreichen Ländern. Nach erfolgreichen Kriegseinsätzen in den 1990er Jahren, beschränken sich die heutigen Aufgaben auf den Kampf gegen Drogenanbau/-schmuggel, humanitäre Missionen und Logistikaufgaben in der Amazonasregion.

Insbesondere Anschaffungen wie zwölf Cheetah Kampflugzeuge aus Südafrika (2011/2012), die für veraltete Mirage F1 zum Einsatz kamen, haben zwischenzeitlich zu einer deutlichen Verbesserung der Fähigkeiten der Luftwaffe beigetragen. Im Jahr 2021 wurden

die Kampfflugzeuge jedoch überraschenderweise wieder außer Dienst gestellt – eine offizielle Begründung hierfür ist nicht bekannt geworden. Im Jahr 2011 erhielt der kanadische Flugzeugbauer Diamond Aircraft einen Auftrag zum Bau von bis zu zwölf DA20-C1 Trainingsflugzeugen, die 2013 ausgeliefert wurden. Ecuador hat mit dem indischen Rüstungsunternehmen Hindustan Aeronautics Limited (HAL) einen Vertrag über den Kauf von sechs leichten Hubschraubern (Dhruv) in einem Gesamtwert von 51 Millionen US-Dollar abgeschlossen, die 2009 geliefert wurden. Allerdings gab es mit dem Mehrzweckhubschrauber häufig technische Probleme und Zwischenfälle: insgesamt vier der sieben gelieferten Dhruv stürzten ab. Ecuador hat deshalb in Frankreich bis zu neun Hubschrauber des Typs AS550 C3 Fennec der Firma Eurocopter geordert, die bis zum Jahre 2015 geliefert wurden, und den Vertrag mit Hindustan Aeronautics aufgekündigt. Im Jahr 2017 wurden zwei weitere Hubschrauber des gleichen Modells bestellt, die 2019 ausgeliefert wurden. Zusätzlich wurden im Jahr 2019 sechs bewaffnete H145M Hubschrauber bei Airbus Helicopters bestellt. Zwei dieser in Deutschland produzierten Hubschrauber wurden 2020 ausgeliefert und unter der Bezeichnung Cobra bei der Luftwaffe Ecuadors in Dienst gestellt. Deutschland lieferte zudem zwischen 2020 und 2022 acht G-120 TP Trainingsflugzeuge. Seit 2009 betreibt die Luftwaffe Ecuadors zudem vier Drohnen des Typs Heron bzw. Searcher aus israelischer Produktion, welche die Fähigkeiten zu Aufklärung, Überwachung und gezielten Luftschlägen weiter verbessern.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Küstenwache:

21 Patrouillenboote

Quelle: IISS Military Balance 2024

Box 4

Peacekeeping

Südsudan (UNMISS): 3 Soldat:innen

Sudan (UNISFA): 3 Soldat:innen

Westsahara (MINURSO): 3 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 2 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2024

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Ecuadors Militär ist integraler Bestandteil des Staates und der Gesellschaft. Neben den ureigenen Aufgaben, die Sicherheit und Souveränität des Staates nach außen zu schützen, obliegen dem Militär ebenfalls Aufgaben, die Sicherheit und Ordnung im inneren des Staates zu garantieren. Insgesamt ist das Militär ein starker Akteur im politischen und gesellschaftlichen Leben. Historisch gesehen war das Militär während der Militärherrschaft zwischen 1963 und 1966 sowie zwischen 1972 und 1979 die prägende Kraft im Land. Anschließend wurde es zusehends zum Instrument der verschiedenen Regierungen. Zwar gab es in den vergangenen

zwei Jahrzehnten deutliche Fortschritte in der Demokratisierung des Landes, doch ist es bis heute nicht gelungen, eine vollständige demokratische bzw. parlamentarische Kontrolle des Militärs zu etablieren.

Im Jahr 2000 versuchten Teile des Militärs in seltener Einigung mit indigenen Bevölkerungsgruppen, den damaligen Präsidenten Mahuad aus dem Amt zu putschen. Ältere Offizier:innen stemmten sich jedoch gegen den Plan und ließen den Anführer und zahlreiche junge Offizier:innen verhaften. Im Jahr 2010 kam es zu einem weiteren Putschversuch, als Teile der Nationalpolizei und einige Offizier:innen des Militärs wichtige Einrichtungen des Staates, unter anderem das Parlament, den internationalen Flughafen und die Fernsehstationen, besetzten. Auslöser für den Aufstand waren drastische Lohnkürzungen. Der damalige Präsident Correa, der letztlich von loyalen Militärs und Polizeieinheiten aus dem Krankenhaus befreit wurde, in dem man ihn festgehalten hatte, beschuldigte die Opposition, den Putsch für ihre politischen Motive instrumentalisiert zu haben. Als Ergebnis dieses Drucks veranlasste Correa im Oktober 2010 die Erhöhung der Löhne für die Streitkräfte und die Polizei.

In der langen Zeit der Aufstände und Proteste um das Jahr 2010 herum, sowie den versuchten Umstürzen, übernahm das Militär immer wieder die Kontrolle, agierte jedoch häufig als Vermittler und weniger als Unterdrücker. Das ecuadorianische Militär gilt deshalb als zentraler Akteur des politischen Systems, der häufig eine aktive Rolle übernimmt. In Untersuchungen wird allerdings auch auf die zweifelhafte Akzeptanz innerhalb des Militärs, sich gewählten zivilen Regierungen unterzuordnen, hingewiesen. Es existieren Bedenken, ob das Militär einen demokratischen Konsolidierungsprozess ausreichend unterstützt.

Jenseits dessen ist das Militär über die aktive Rolle in der sozioökonomischen Entwicklung des Landes tief in der Gesellschaft verankert. Zusätzlich zu den Lohnerhöhungen nach dem Putschversuch und zur Sicherstellung der Loyalität des Militärs, übergab der damalige Präsident Correa dem Militär erneut die Kontrolle des staatlichen Erdölproduzenten Petroecuador, der bereits zwischen 2007 und Anfang 2010 von der Marine kontrolliert wurde. Vordergründig wurde diese Entscheidung mit dem Kampf gegen die Korruption begründet. Das Militär unterhält und kontrolliert zusätzlich Unternehmen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft, wie etwa dem Tourismus, der Landwirtschaft und dem Abbau natürlicher Ressourcen. In den meisten Fällen ist nur ein Minimum an Transparenz hinsichtlich der Aktivitäten des Militärs gegeben. In einer Umfrage des Latinobarometers (Stand: 2020) gab mit 35 Prozent die Mehrheit der Befragten an, wenig Vertrauen in das Militär zu haben. Demgegenüber geben lediglich 18 Prozent an, ein hohes Vertrauen in das Militär zu haben.

In den vergangenen Jahren hat sich die Sicherheitssituation in Ecuador allerdings dramatisch verschlechtert. Während die Mordraten von 2009 bis 2017 um rund 65 Prozent sanken (von 18,7 auf 5,8), steigen sie seither wieder an. Die Sicherheitssituation wird teilweise auf die Dezentralisierung und Diffusion der Drogenmärkte und -kriminalität in der Region zurückgeführt, welche unter anderem auf die Auflösung der kolumbianischen FARC-Rebell:innen zurückgeführt wird, welche vorher große Teile des Drogenhandels kontrollierten. Im Mai 2020 verabschiedete das Verteidigungsministerium daher eine Resolution, die dem Militär auch bei nationalen Einsätzen, wie etwa zur Strafverfolgung oder bei Demonstrationen, weitreichende Befugnisse bis hin zum Einsatz tödlicher Gewalt gewähren sollte. Human Rights Watch äußerte angesichts der neuen Befugnisse Bedenken und fürchtete Menschenrechtsverletzungen. Das Verfassungsgericht hat die Resolution im Mai 2021 als verfassungswidrig abgelehnt und eine klare Abgrenzung von militärischen zu polizeilichen Befugnissen gefordert. Mit einer jüngsten Eskalation der Drogen- bzw. Bandenkriminalität und vor dem Hintergrund der seit einigen Jahren steigenden Gewalttaten, erklärte der aktuelle Präsident Daniel Noboa Anfang 2024 den Kriegszustand gegen entsprechende Banden und diese zu

terroristischen Organisationen. Dabei hatte Noboa die Rückendeckung vonseiten des Parlaments sowie großen Teilen der Bevölkerung. Allerdings unterstützte das Parlament auch eine weitgehende Straffreiheit für Streitkräfte und Polizei, sodass die bereits formulierte Besorgnis vor schwerwiegenden Übergriffen aktuell wieder vermehrt im Fokus stehen.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2018	2019	2020	2021	2022
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Die ecuadorianische Polizei (National Police) ist formal Teil des Militärs und steht unter Aufsicht des Ministeriums für allgemeine Regierungsangelegenheiten (Ministry of Government). Die Funktion der Nationalpolizei ist die Wahrung der öffentlichen Ordnung sowie die Garantie der internen Sicherheit. Ihre Organisation ist eng an die hierarchischen Strukturen des Militärs geknüpft. Der/die Präsident:in ist nicht nur Oberbefehlshaber:in des Militärs, sondern übt auch direkte Befehlsgewalt und Kontrolle über die Polizei aus.

Erhebliche Mängel bestehen innerhalb der Polizei hinsichtlich der Aufklärung von Verbrechen und der allgemeinen Unterstützung der Bevölkerung. Hinzu kommen anhaltende Korruption sowie Verwicklungen weiter Teile der Polizei in den grassierenden Drogenhandel. Darüber hinaus gibt es Berichten zufolge immer wieder Menschenrechtsverletzungen, zu denen unter anderem außergerichtliche Tötungen, unzureichende Zustände in Gefängnissen oder willkürliche Festnahmen gehören. Auch bei Demonstrationen setzt die Polizei oft unverhältnismäßige Gewalt gegen Demonstrierende ein, so Human Rights Watch. Dazu gehört ebenfalls, dass vielen Häftlingen ein ordentliches Gerichtsverfahren vorenthalten wird. Ferner bestehen Defizite bei der Verfolgung und Aufklärung von Verbrechen, die mutmaßlich von Polizist:innen begangen wurden. Dabei wird häufig deutlich, dass die Unabhängigkeit des Justizsystems nicht immer gewährleistet ist. Mängel und Defizite bei der Polizei sowie der daraus resultierende unzureichende Schutz der Bevölkerung führen vermehrt zu Fällen von Selbstjustiz. Betroffen sind insbesondere arme und indigene Bevölkerungsgruppen. Mit der jüngsten Gewalteskalation genießen auch Polizeikräfte noch weitergehende Straffreiheit im Kampf gegen die organisierte Kriminalität (siehe vorheriger Kommentar „[Rolle des Militärs in der Gesellschaft](#)“).

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Ecuador ist einem Großteil der internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Zwar wurden seit dem Ende des Konfliktes mit Peru im Jahre 1998 keine Minen mehr eingesetzt; das Gebiet um Condor Mountain Range (Cordillera del Cóndor) war dennoch lange ein Beispiel für ein starkes Minenvorkommens in Ecuador. Die Regierung beantragte daher im Jahr 2008 eine Verlängerung der Minenräumung. Zu diesem Zwecke spendete Deutschland einen Radlader und übergab diesen 2010 dem Generalkommando für Minenräumung des ecuadorianischen Militärs. Damit knüpft Deutschland an die Bestrebungen an, einen Beitrag zur minenfreien Grenze zwischen Peru und Ecuador zu leisten. Der Landmine & Cluster Munition Monitor lobt das Kooperationsengagement Ecuadors. Ecuador lieferte einen detaillierten Bericht über das nach wie vor bestehende Minenproblem und die Fortschritte zu dessen Lösung. Laut dem [Jahresbericht 2023](#) des Landmine Monitor wies das Land lediglich noch ein kontaminiertes Gebiet von 0,04 Quadratkilometern, auf dem sich noch rund 2.941 Minen befinden sollen.

Dem Internationalen Waffenhandelsvertrag ist Ecuador bisher nicht beigetreten. Derzeit sind keine Sanktionen der Vereinten Nationen oder der Europäischen Union gegen Ecuador verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were no significant changes in the human rights situation in Ecuador during the year.

Siehe Report 2022:

Ecuador is a constitutional, multiparty republic with an elected president and unicameral legislature. In April 2021, voters elected President Guillermo Lasso Mendoza from a center-right alliance of the Creating Opportunities Movement, the Social Christian Party, and other selected members of the National Assembly in elections that observers deemed free and fair. The National Police maintains internal security and law enforcement and is under the authority of the Ministry of Interior. The military is under the authority of the Ministry of Defense. Police and military forces share responsibility for border enforcement, with the military also having limited domestic security responsibilities. The military may complement police operations to maintain and control public order when expressly mandated. Migration officers are civilians and report to the Ministry of Interior. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. There were reports that members of the security forces committed some abuses. Social and Indigenous movements' opposition to government economic policies led to widespread street protests and a shutdown of major city roads and provincial highways that lasted for 18 days in June, the most protracted protests in the country's history. Protest leaders ended the demonstrations on June 30 after reaching a peace agreement with the government that addressed some of their demands and agreeing to a 90-day dialogue period to resolve remaining matters. The protests paralyzed the country, significantly disrupting economic activity and medical services. Attacks by nongovernmental armed groups against security forces during the protests, and police and military responses to those attacks and protests, resulted in deaths and injuries among security forces and civilians. Significant human rights issues included credible reports of: torture and abuse by police officers and prison guards; harsh and life-threatening prison conditions; serious restrictions on freedom of expression and media, including violence against journalists and the existence of criminal libel laws; serious government corruption; lack of investigation of and accountability for violence against women and children; and restrictions on workers' freedom of association. The government took steps to investigate and prosecute officials who committed human rights abuses or engaged in corruption. Members of criminal gangs in prisons committed acts of torture and killed their rivals during prison disturbances. There were incidents of violence and threats of violence against politicians, journalists, prosecutors, and judges likely perpetrated by nongovernment actors. Members of society engaged in crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons. The government investigated these crimes, and prosecutions were pending.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/ecuador/>

Box 6**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2023**

Armed forces were deployed throughout the country and their powers in public security tasks were expanded. Violence increased in the lead up to the general elections. Human rights violations remained unpunished. The state of crisis in prisons continued. Indigenous Peoples' rights continued to be violated. Flaring of gases during oil extraction persisted. Authorities failed to protect human rights defenders. Poverty and inequality affected much of the population and gender-based violence remained prevalent.

Quelle: *Amnesty International Report April 2024*
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/7200/2024/en/>

Box 7**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024**

Bewertung für Ecuador auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 38/60

Politische Rechte: 29/40

Gesamtbewertung: Teilweise Frei (67/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2024**

Ecuador's status declined from Free to Partly Free because a rise in violent crime, largely perpetrated by organized criminal groups that targeted officials, rivals, and ordinary citizens, resulted in a deepening security crisis.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/ecuador/freedom-world/2024>

Kommentar

Ecuador ist den zentralen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Bemerkenswert ist die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte am 11. Juni 2010. Ecuador war damit weltweit das erste Land, das diesen Pakt ratifiziert hat und somit seinen Bürger:innen erlaubt, ein internationales, unabhängiges Gremium anzurufen, sollten diese grundlegenden Rechte verletzt werden. Bei der Umsetzung der Verträge und Konventionen gibt es jedoch weiterhin erhebliche Defizite. Die Verfassung sieht zwar den Schutz der grundlegenden Menschenrechte vor, in der Praxis kommt es Berichten zufolge allerdings regelmäßig zur Missachtung oder gar Verletzung dieser Rechte. Beispiele hierfür sind Verstöße gegen die Rechte von Frauen, Kindern und Indigenen, schlechte Gefängnisbedingungen oder willkürliche Verhaftungen und Übergriffe durch Sicherheitskräfte. Seit einigen Jahren nimmt aber auch insbesondere die Problematik mit organisierter Kriminalität und offen ausgetragener Gewalt durch

Drogenbanden enorm zu, welche insbesondere seit 2021 sprunghaft anstieg und immer brutālere Formen annimmt.

Die politische und soziale Fragmentierung erschwert die Umsetzung von Menschenrechtsstandards und manifestiert die soziale Ungleichheit. Im Hinblick auf wirtschaftliche Rechte besteht weiterhin eine signifikante Ungleichbehandlung von Frauen. Dies spiegelt sich in schlechten Beschäftigungsmöglichkeiten und einer deutlich geringeren Bezahlung wider. Diskriminiert werden auch indigene Bevölkerungsgruppen und LGBTQIA+ Personen. Die Rechte von Frauen wurden 2021 teilweise gestärkt, als das Verfassungsgericht in einem Urteil Schwangerschaftsabbrüche im Falle einer Vergewaltigung entkriminalisierte. Im März 2022 legte jedoch der ehemalige Präsident Guillermo Lasso ein partielles Veto zu einem Gesetzesentwurf ein, wodurch der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen erschwert wurde. [Human Rights Watch](#) verweist darauf, dass es in Ecuador allein zwischen Januar und August 2022 53 Femizide gab. 2023 gab es bereits 321 Femizide.

Die Regierung unter Correa bis 2017 griff die Medien des Landes immer wieder verbal und über Anzeigeverfahren an. Für die Medien und die Bevölkerung war eine Kritik an der Regierung und dem Präsidenten schwierig. Jegliche Anschuldigung gegenüber der Regierung oder der Verwaltung konnten mit bis zu zwei Jahren Gefängnis geahndet werden. Es gab seitens der Regierung wiederholt Versuche, die Meinungs- und Pressefreiheit weiter einzuschränken und zu regulieren. Unter Präsident Lenín Moreno (2017-2021) entspannte sich dann die Beziehung zwischen der Regierung und privaten Medien in Ecuador. [Reporter ohne Grenzen](#) verweist jedoch darauf, dass aktuell nach wie vor Reporter:innen Einschüchterungen und tägliche Attacken erfahren, dass Fernseh- und Radiosender angegriffen werden. So rangierte Ecuador 2023 nur auf Platz 80 von 180 Staaten im Ranking von Reporter ohne Grenzen; 2024 belegte das Land sogar nur noch den 110. Platz. Dies führt die Organisation auf zunehmende gewaltvolle Übergriffe zurück, wie bspw. der Stürmung eines öffentlich-rechtlichen TV-Studios (TC) im Januar 2024, bei der Journalisten und Journalistinnen während einer Livesendung als Geisel genommen und schwer bedroht und verletzt wurden. Aber auch das Verhältnis zwischen Regierung und Presse ist RSF zufolge angespannt.

Im Jahr 2024 wurde bereits mehrmals der Ausnahmezustand verhängt (teilweise landesweit), zuletzt im Oktober 2024. Der zunächst auf 60 Tage sowie sechs Provinzen und zwei Kantone beschränkte Ausnahmezustand ging mit einer Ausgangssperre zwischen 22:00 und 05:00 Uhr sowie einer breiten Palette weiterer Grundrechtseinschränkungen einher. Das Militär wurde mobilisiert, um gemeinsam mit Polizeikräften die entsprechenden Maßnahmen durchzusetzen. Auch wenn das Verfassungsgericht vorangegangene Ausnahmezustände teilweise wieder kassierte, zeigt sich damit deutlich, dass sich die Situation aufgrund zunehmender organisierter Kriminalität, öffentlich ausgetragener Gewalt von Drogengangs und damit einhergehender staatlicher Gegenmaßnahmen enorm zuspitzt. Das lange als relativ friedlich geltende Land gilt mittlerweile als eins der gefährlichsten Länder der Region. Die Mordrate ist, [HRW](#) zufolge, von 13,7 pro 100.000 Einwohner:innen (2021) auf 25,9 im Jahr 2022 gestiegen; 2023 lag sie bereits bei 45. Seit 2016 soll sich die Mordrate damit [veracht-facht](#) haben. Seit Präsident Noboa den Krieg gegen die Drogenbanden und 22 entsprechender Gangs als Kriegsparteien erklärte, eskaliert die Situation zunehmend. Problematisch ist dabei auch die bereits tiefe Unterwanderung staatlicher Institutionen durch das organisierte Verbrechen.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

The review period coincides with the beginning of the government of Guillermo Lasso, who assumed the presidency on May 24, 2021. He took office after a polarized run-off election, which he reached only after narrowly defeating the Pachakutik party's third-place candidate in the first round. One consequence of this polarized election is that the parliamentary blocs are highly fragmented, with the groups opposing Lasso's government in the majority. This has made it difficult for the president's public policy proposals to be approved, as they have not received legislative support. Additionally, an opposition-supported constitutional mechanism to reduce the length of the government's term and call for elections was proposed, but this lost by a narrow margin.

At first, the government focused on carrying out a successful mass vaccination campaign against COVID-19, which greatly contributed to the initial consolidation of the government, as it demonstrated efficiency in pandemic management – a realm where the preceding Lenín Moreno administration had been disastrous. However, the political and social capital gained by the government thanks to the vaccination efforts quickly dissipated due to setbacks caused by the economic crisis and deficiencies in public services. These setbacks were a result of the government's downsizing process, which was intended to reduce public spending and alleviate the fiscal deficit. [...]

One of the government's biggest challenges has been managing the prison crisis caused by criminal organizations primarily involved in drug trafficking, which has had increasingly detrimental effects on state institutions and society more generally. Since May 2021, during Lasso's current presidency, Ecuador has experienced five major prison massacres, resulting in the deaths of 276 individuals. Moreover, there have been over 50 violent incidents of varying severity across different prisons. However, the most severe prison crisis to date started three years ago, in May 2019, when former President Lenín Moreno declared a state of emergency in the country's prisons. The most relevant sociopolitical events during the review period were the protests in various social and political sectors led by the Indigenous movement. Their main objective was the elimination of specific economic measures, particularly the increase in fuel prices. After more than two weeks of protests and at least eight deaths, the conflict was resolved through negotiations involving the government's commitment to address the protesters' concerns. Shortly after the end of the review period, an impeachment trial targeting the president was approved on a weak legal basis. However, Lasso – also on shaky grounds – used the "mutual death" provision in the constitution to dissolve parliament, leading to general elections for the president and parliament and an interim government led by Lasso himself. As his successor, on November 23, 2023, Daniel Noboa took office as President of Ecuador until May 24, 2025.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/ECU>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2023)

Im Jahresbericht 2023 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Ecuador 34 von 100 möglichen Punkten (2022: 36 Punkte). Damit erzielte es genauso viele Punkte wie Indonesien, Malawi, die Philippinen, Sri Lanka oder die Türkei. Deutschland erzielte 78 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2023/>

Spannungen und innere Konflikte

Zwischen der Bevölkerung, insbesondere den indigenen Bevölkerungsgruppen, dem Staat und den Erdölfirmen gibt es zahlreiche Auseinandersetzungen über die Verteilung der Gewinne aus der Erdölförderung sowie den Umgang mit Folgeschäden der Förderung für die Umwelt. Deshalb kam es in der Amazonasregion immer wieder zu Protesten der Bevölkerung gegen die Erdölkonzerne. Von den Demonstrant:innen wurden die Forderungen erneuert, die Gewinnbeteiligung zu verbessern, den Umweltschutz zu garantieren und eine verbesserte Förderung regionaler Projekte durch die Unternehmen zu gewährleisten. 2022 kam es zu einem 90-Tage-Dialog zwischen der Regierung und indigenen Vertreter:innen, der am 14. Oktober 2022 mit über 120 Übereinkünften beendet wurde. Zuvor hatte das Verfassungsgericht geurteilt, dass indigene Gemeinschaften konsultiert werden müssen bei Projekten, die ihre Ländereien betreffen, und dass die Behörden Projekte nur in Ausnahmefällen ohne Zustimmung durch die indigenen Gemeinschaften autorisieren dürfen. Im September 2022 erklärte die Regierung ein zeitweiliges Moratorium in den betroffenen Gebieten, das gelten sollte, bis ein Gesetz verabschiedet sei, das die beschriebenen Konsultationsprozesse regelt. Bisher (Stand: November 2024) ist jedoch noch kein abschließendes Gesetz durch die Nationalversammlung erlassen worden.

Neben diesem Konflikt, der viele indigene Bevölkerungsgruppen betrifft, gibt es einen weiteren langanhaltenden systemischen Konflikt zwischen der Regierung und verschiedenen Oppositionsgruppen. Die Oppositionsgruppen werden angeführt von unterschiedlichen indigenen Bevölkerungsgruppen, die sich in der Konföderation der indigenen Bevölkerungsgruppen Ecuadors (CONAIE) zusammengeschlossen haben. Der Protest richtet sich gegen Gesetzesvorhaben der Regierung in den Bereichen Medien, Bergbau und Erdölförderung sowie im Wasserversektor. Letzteres hat zu großen Protesten gegen die geplante Privatisierung der Wasserversorgung geführt. Nichtsdestotrotz sind weite Teile der Wasserversorgung inzwischen privatisiert worden. Mit der 2008 angenommenen neuen Verfassung war das Ziel verbunden, die zahlreichen internen Spannungen und Konflikte beizulegen. Auf der einen Seite räumt die Verfassung dem:der Präsident:in zwar weitreichende Vollmachten ein, auf der anderen Seite wurden das Recht auf soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt, Gleichberechtigung, Umweltschutz, mehr Bürger:innenbeteiligung, Schutz der nationalen Souveränität, kostenlose Gesundheitsversorgung und Bildung, transparente und effiziente Verwaltung und sogar das Recht auf „gutes Leben“ in die Verfassung aufgenommen.

Seit einigen Jahren nimmt in Ecuador aber insbesondere auch die organisierte Kriminalität zunehmend überhand. Während die Mordraten seit Jahren stark ansteigen und immer öfters Vorfälle äußerster Brutalität im Zusammenhang mit Drogen- und Gangkriminalität – und der Auseinandersetzung dieser Gruppen mit dem Staat – bekannt werden (siehe hierzu auch das [Kapitel zur Achtung der Menschenrechte](#)), versucht der Staat insbesondere seit der Wahl Daniel Noboas zunehmend hart durchzugreifen und militärisch gegen die Gewalt vorzugehen. Ecuador entwickelte sich innerhalb weniger Jahre von einem regionalen Stabilitätsfaktor zu einem der gefährlichsten Länder der Region. Seit 2023 werden regelmäßig Ausnahmezustände verhängt und das Militär zunehmend aktiv im inneren eingesetzt. Im Organized Crime Index [2023](#) belegte Ecuador bspw. den 11. von 193 Plätzen weltweit – 20 Plätze weiter vorne als noch im Jahr 2021.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Ecuador liegt im Nordwesten Südamerikas und grenzt im Norden an Kolumbien und im Osten sowie im Süden an Peru. Im Westen grenzt das Land an den Pazifischen Ozean. In Ecuador lebten 2023 18 Millionen Einwohner:innen. Das heutige Ecuador stand vom 16. bis ins 19. Jahrhundert unter spanischer Kolonialherrschaft.

Politische Situation in der Region

Die politische Situation in der Region ist angespannt. Zwar ist die politische Lage in einigen Staaten der Region als stabil zu bezeichnen, in anderen wiederum herrschen weiterhin Konflikte, soziale Auseinandersetzungen und politische Umbrüche. Beispiele hierfür sind Konflikte in Kolumbien, zwischen Venezuela und Kolumbien sowie zwischen den Regierungen in Bogota und Quito hinsichtlich Grenzverletzungen zwischen Kolumbien und Ecuador. Dieser Streit war zuletzt im September 2015 eskaliert, als Venezuela mehrere Grenzübergänge zu Kolumbien geschlossen und mehr als 1.000 Kolumbianer:innen ausgewiesen hatte. Neben diesem Streitfaktor gibt es eine Reihe weiterer ungelöster Grenzfragen zwischen den Staaten Südamerikas.

Die gesamte Region war lange von einem Kampf um regionale Vorherrschaft gekennzeichnet. Mexiko und Brasilien konnten in ihrem Konflikt um die regionale Führungsrolle aber eine deutliche Verbesserung ihrer Beziehung erzielen. Auch mit Venezuela, ebenfalls ein direkter Konkurrent auf dem Kontinent, verbesserte sich das Verhältnis zuletzt sogar so weit, dass der ehemalige bzw. mittlerweile wiedergewählte brasilianische Präsident Lula seine Vermittlungstätigkeit im Streit mit Kolumbien anbot. Brasilien ist aber bestrebt, durch den Ausbau und die Modernisierung seines Militärs seinen regionalen Führungsanspruch zu untermauern und strebt darüber hinaus einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Relativ stabile Verhältnisse in Brasilien und ein wirtschaftliches Wachstum sind für diese Entwicklung förderlich.

In Kolumbien war der bewaffnete Konflikt zwischen linksgerichteten Guerillagruppen und dem kolumbianischen Militär lange ungelöst. Daneben standen die Paramilitärs im Konflikt mit den Guerillagruppen. Im September 2016 unterzeichnete die kolumbianische Regierung mit den FARC-Rebell:innen einen Friedensvertrag; die Entwaffnung der Kämpfer:innen begann 2017. Das durch die Demilitarisierung erzeugte Machtvakuum wurde teilweise von anderen Rebell:innengruppen wie der linksradikalen ELN gefüllt, die noch immer diverse Terroranschläge verüben. Im Zuge der Covid-19-Pandemie wurde aber eine Waffenruhe angekündigt und im November 2022 erneut Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und ELN aufgenommen. Im Oktober 2023 gab es dann [Berichte](#) über eine vereinbarte Waffenruhe zwischen der kolumbianischen Regierung und der Estado Mayor Central (EMC), einer Splittergruppe der früheren FARC. In einem beidseitig unterzeichneten Schreiben, verpflichteten sich der kolumbianische Staat und die EMC, den eingeleiteten Friedensprozess fortzusetzen. Die Verhandlungen werden von den Vereinten Nationen, der Organisation Amerikanischer Staaten, der katholischen Kirche, der EU, Norwegen, der Schweiz, Irland und Venezuela begleitet. Hintergrund ist, dass die EMC den Friedensvertrag zwischen Regierung und FARC von 2016 nicht anerkannt hat und den bewaffneten Kampf gegen den Staat fortgesetzt hatte. Die EMC verfügt nach eigenen Angaben über 3.000 Kämpfer:innen. Stand November 2024 hat sich die EMC selbst zersplittert und Waffenstillstandsvereinbarungen seitens der Regierung sind derzeit nur (noch) mit Teilen der EMC bzw. nur in vereinzelter Provinzen in Kraft. Ein

nachhaltiger, umfassender Friedensvertrag steht damit weiterhin aus. Wirtschaftlicher Faktor in dem Konflikt ist der Drogenanbau, besonders der Anbau der Kokapflanze. Kolumbien behauptete in der Vergangenheit, Ecuador und Venezuela würden die Guerillagruppen unterstützen, was beide Regierungen jedoch bestreiten. Im Jahr 2008 kam es zu einem militärischen Zwischenfall, als die kolumbianische Luftwaffe FARC-Rebell:innen auf ecuadorianischem Hoheitsgebiet angriff. Zwar wurde der daran anschließende diplomatische Streit bei einem Gipfeltreffen offiziell beigelegt, doch reichte Ecuador 2008 gegen Kolumbien Klage am Internationalen Strafgerichtshof ein. Die Klage wurde seitens Ecuador im Jahr 2013 zurückgezogen, da Kolumbien sich offiziell entschuldigte und einen Bruch des Souveränitätsrechts einräumte.

Zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts wurde zudem immer wieder darüber diskutiert, ob in der Region ein Rüstungswettlauf zu beobachten sei. Fest steht, dass einige Länder in Lateinamerika zu Beginn der Dekade beträchtlich in den Verteidigungshaushalt investierten und zahlreiche neue Waffen einkauften und sich teilweise noch immer in Modernisierungsprozessen befinden. So bestehen zwischen Venezuela und Russland, Kolumbien und den USA sowie zwischen Brasilien und Frankreich strategische Rüstungsallianzen. Eine defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz haben bei den Waffeneinkäufen in manchen Fällen zu Misstrauen geführt. Bereits im Jahr 2005 kam es zu vier großen Waffenkäufen Venezuelas im Wert von mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar (12-24 Super Tucano Flugzeuge aus Brasilien, 15 Helikopter, 12 C-295 Flugzeuge aus Spanien und zahlreiche Boote ebenfalls aus Spanien). Insbesondere die Anschaffung von Fregatten aus Spanien wurden von Kolumbien als destabilisierend für die Region beschrieben. Ebenfalls kritisch sah die kolumbianische Regierung die Anstrengungen Venezuelas, Waffen russischer Lizenz zu produzieren (AK-47), da diese sich im kolumbianischen Konflikt verbreiten könnten. Angesichts zahlreicher Funde venezolanischer Waffen in Kolumbien in den letzten Jahren erscheint diese Sorge durchaus berechtigt. Zwar konnten eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region die Zusammenarbeit stärken, doch haben jüngste Waffenkäufe (Venezuela, Brasilien, Chile) die sicherheitspolitische Kooperation erneut erschwert. Angesichts der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen die Region nach wie vor steht, erscheinen Vertrauensbildung und verstärkte Kooperation jedoch weiterhin notwendig: Terrorismus, Drogenschmuggel, Menschenhandel, organisierte Kriminalität, Geldwäsche und ausufernde Korruption sind Bedrohungen und Herausforderungen, die alleine nicht zu lösen sind.

Dennoch kann heute konstatiert werden, dass die erheblichen Steigerungen der Verteidigungshaushalte zwischen 2011 und 2014 von Kürzungen im Rüstungsbereich ab 2015 in etwa ausgeglichen wurden. Während regionale Trends vor allem von Brasilien bestimmt werden (2020 entfielen 42 Prozent der regionalen Militärausgaben allein auf das Land), liegen sowohl Brasiliens relative Rüstungsausgaben als auch der regionale Durchschnitt in den letzten 10 Jahren unter dem globalen Durchschnitt von 2,1 Prozent am BIP.

Grenzkonflikte

Zwischen Ecuador und Peru bestand ein langanhaltender Grenzkonflikt, immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten geführt hat. Bereits seit dem 19. Jahrhundert war der Grenzverlauf ungeklärt. Diplomatische Lösungsansätze, um ein Verständnis über die Festlegung der Grenze herbeizuführen, scheiterten mehrfach. Anfang 1981 kam es zu einem militärischen Zwischenfall, als die peruanische Armee einige Grenzposten des ecuadorianischen Militärs besetzte. Erst 1992 einigten sich beide Staaten darauf, eine friedliche Lösung des Konflikts anzustreben. Bereits zwei Jahre später kam es jedoch zu einer Mobilisierung der ecuadorianischen Armee und im Januar 1995 schließlich zu einem Krieg

zwischen beiden Staaten. Der Krieg konnte bereits nach einem Monat formal beendet werden, es dauerte allerdings noch bis zum Jahr 1999, bis ein endgültiger Friedensvertrag mit Anerkennung der Demarkationslinie unterzeichnet werden konnte. Fast weitere zehn Jahre dauerte es, bis sich beide Staaten 2008 bereit erklärten, die gemeinsame Minenräumung entlang des ehemals umstrittenen Grenzverlaufs voranzubringen. Diese ist mittlerweile aber fast gänzlich umgesetzt.

Die Grenzkonflikte mit Kolumbien waren zuletzt von großer Bedeutung. Die kolumbianische Guerillabewegung FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia: Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) ist Ursache und Auslöser der Spannungen zwischen Ecuador und Kolumbien. Bereits 2004 kam es zu ersten Zwischenfällen, als Ecuador versuchte durch Zerstörung dreier FARC-Lager präventiv den Konflikt vom eigenen Territorium fernzuhalten. Kolumbien verletzte mehrfach die Souveränität Ecuadors durch die militärische Bekämpfung der FARC-Rebell:innen auf ecuadorianischem Staatsgebiet. Im März 2008 eskalierte die Situation, als Kolumbien den Kommandanten der FARC, Raúl Reyes, auf ecuadorianischem Territorium mit amerikanischer Hilfe ortete und während einer militärischen Aktion erschoss. Da die Regierung in Quito vorher über eine solche Aktion nicht informiert wurde, brach sie die Beziehungen zu Kolumbien ab und verlegte Truppen an die Grenze. Ab Ende 2009 konnte mit der Einsetzung einer binationalen Grenzkommission (Combifron) eine deutliche Verbesserung der politischen Beziehungen erreicht werden. Diplomatische Beziehungen wurden jedoch erst im Dezember 2010 wieder aufgenommen. Dies hatte auch positive Auswirkungen auf die Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte entlang der Grenze. Trotz der erreichten Fortschritte kommt es weiterhin zu gewaltsamen Zwischenfällen in der Grenzregion. Die humanitäre Situation in den Grenzregionen bleibt angespannt, da Zivilist:innen immer wieder zwischen die Fronten geraten.

Regionale Rüstungskontrolle

Bereits 1967 bildete die Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone einen ersten Schritt hin zu einer regionalen Rüstungskontrolle. Allerdings führte dieser Vertrag anschließend nicht zu weiteren Mechanismen hinsichtlich der konventionellen Rüstungskontrolle. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besondere Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen in der Region. Das Ziel dieser Maßnahmen lag im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachter:innen zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen in den letzten Jahren entstanden: zum einen die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import/ Export Wege transparent zu machen, zum anderen die OAS Transparency Convention mit Ziel, einen Informationsaustausch zwischen den Staaten zum Import und Export konventioneller Waffen herbeizuführen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Ecuador sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert. Lediglich im benachbarten Kolumbien sind derzeit 50 US-amerikanische Soldat:innen im Rahmen des „US Southern Command“ stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Ecuador ist den meisten Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Aus welchem Grunde die Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001 sowie die Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007 bis heute nicht ratifiziert wurden ist unklar. Feststeht hingegen, dass gegenwärtig für Ecuador keine direkte Bedrohung durch den transnationalen Terrorismus besteht. Die Terrorismusbekämpfung im Norden des Landes stellte das Land hingegen vor große sicherheitspolitische Herausforderungen (Grenzkonflikte).

Die Regierung in Quito ist ausdrücklich bestrebt, den Drogenschmuggel und Waffenhandel einzudämmen. Zur Drogenbekämpfung und im Anti-Terror-Kampf leisten die USA seit Jahren Militärhilfe. Vorgesehen ist eine verbesserte Ausrüstung der Polizei und anderer Sicherheitskräfte. Hauptsächlich wurde viele Jahre versucht, den Terrorismus direkt in Kolumbien zu bekämpfen. Trotz dieser Unterstützung bestehen weiterhin einige Defizite in der Terrorismusbekämpfung wie etwa unzureichenden Kontrollen über Finanzen und die unzureichende Ausbildung der Sicherheitskräfte. Aufgrund der [zunehmenden Eskalation](#) mit Drogengang, organisierter Kriminalität und Bandengewalt in Ecuador selbst (siehe Kapitel zur [Achtung der Menschenrechte](#) und [Spannungen und innere Konflikte](#)) – insbesondere seit 2021 – kündigten die USA im Januar [2024](#) erneut eine verstärkte Kooperation mit ecuadorianischen Sicherheitskräften unter anderem im Bereich der Aufklärung an.

Verstärkt werden seit einigen Jahren Personen indigener Bevölkerungsgruppen als Terrorist:innen eingestuft; dies erlaubt der Regierung die strengere Anwendung der Gesetze. Gegen den Präsidenten der Konföderation der indigenen Bevölkerungsgruppen Ecuadors (CONAIE) Santi wurden 2010 Anschuldigen wegen Terrorismus und Sabotage erhoben. Im November 2010 kam es zu einem missglückten Bombenanschlag auf die Universität von Guayaquil. Die Popular Combatants Group (PCG), eine sozialistische Gruppierung, die aufgrund

ihrer kommunistischen Ideologie gegen die Regierung kämpft, übernahm die Verantwortung dafür. Berichten zufolge wurden sie von der kolumbianischen FARC finanziert und ausgebildet.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Drogenschmuggel und -handel waren lange Zeit das mit Abstand größte Kriminalitätsproblem in Ecuador. Insbesondere die wirtschaftlich schwachen und sozial benachteiligten nördlichen Provinzen sind von der Kriminalität betroffen. Für die Kokaanbauggebiete in Peru und Kolumbien ist Ecuador ein wichtiges Transitland: Gegenwärtig werden jährlich etwa 200 Tonnen Kokain, ein Viertel der gesamten Produktion in Peru und Kolumbien, durch Ecuador geschleust. Das UNODC etablierte im [Mai 2024](#) daher ein neues Büro in Ecuador. Dennoch werden zunehmend auch die mit organisierter Bandenkriminalität einhergehenden Probleme dringlicher. So steigt auch bspw. der [Waffenhandel](#) enorm an (siehe hierzu das entsprechende Kapitel "[unerlaubte Wiederausfuhr](#)"), aber auch Menschenhandel und -schmuggel, Finanz-Betrugsmaschen, die Verfügbarkeit von gefälschten Medikamenten, der Handel mit Wildtieren, illegaler Bergbau sowie eine Reihe weiterer illegaler Machenschaften. Geldwäsche wird ebenfalls zu einem zunehmenden Problem für Ecuador. In Quito ist Geldwäsche eines der zentralen Probleme. Der ehemalige Präsident Correa schenkte diesen Entwicklungen hingegen wenig Beachtung. Die Financial Action Task Force (FATF), eine intergouvernementale Institution von 35 Staaten, beklagt immer wieder die mangelhafte Bekämpfung der Geldwäsche sowie der Finanzierung des Terrorismus in Ecuador. Im Jahr 2010 hatte die Regierung unter Correa zwar neue Gesetze zur Bekämpfung der Geldwäsche erlassen – ihr Erfolg blieb aber weitestgehend aus. So empfiehlt das CSIS noch im Jahr [2024](#), die Bemühungen hierum zu verstärken.

Tabelle 15
Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Ecuador übermittelte bis 2005, mit Ausnahme einiger Jahre, regelmäßig Berichte zu Rüstungsimporten und -exporten an das Waffenregister der Vereinten Nationen. Seit 2005 wurden aber lediglich im Jahr 2011 sowie jüngst im Jahr 2022 weitere Berichte eingereicht. Der Informationsgehalt der eingereichten Berichte ist jedoch dürftig. Im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben wurden lediglich in den Jahren 2001 bis 2006 sowie kürzlich in 2022 Informationen an die UN weitergegeben.

Da das Land dem Arms Trade Treaty noch nicht beigetreten ist, übermittelt es auch nicht im Rahmen dieses Vertrages Daten an die UN. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtet Ecuador hingegen regelmäßig, meist im zweijährigen Turnus (zuletzt 2024).

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage in Hinblick auf die Exportkontrolle und eine entsprechende Gesetzgebung ist schlecht. Verschiedenen Berichten zufolge existieren Gesetze zur Rüstungsexportkontrolle seit 1963. Derzeit gilt noch ein 1979 verabschiedetes Gesetz, das 2007 durch die Regierung Rafael Correas geändert wurde und die Einfuhr von Waffen vorübergehend verbot, die Steuern verdreifachte und das das Tragen von Waffen zu Selbstverteidigung verbot. Im Februar 2012 wurde die handwerkliche Herstellung von Handfeuerwaffen landesweit verboten. Bis dahin gültige Genehmigungen für Hersteller wurden ausgesetzt.

Es gibt jedoch kaum Informationen über deren aktuelle Anwendung in der Praxis und daraus resultierende Ergebnisse. Im Rahmen der Andengemeinschaft werden jedoch Versuche unternommen, den illegalen Handel mit Klein- und Leichtwaffen einzudämmen. Generell gilt Ecuador als ein „schwaches“ Land, wenn es um die illegale Ein- und Ausfuhr von Waffen geht. Insbesondere ins Nachbarland Kolumbien werden Studien zufolge viele Waffen ausgefahren. Der kolumbianische Präsident bestätigte 2011, dass FARC-Rebell:innen und Kämpfer:innen der marxistischen ELN Waffen, insbesondere Gewehre, erhalten haben, die aus Ecuador ins Land geschmuggelt wurden. Die Anzahl der nach Kolumbien geschmuggelten Waffen ist sogar so hoch, dass Ecuador immer wieder als „Transitland“ für den illegalen Waffenimport nach Kolumbien bezeichnet wird. Oft kommen diese Waffen aus Peru über die Grenze nach

Ecuador und werden nicht registriert, anschließend aber nach Kolumbien weitertransportiert. Als beliebte Schmuggelrouten gelten die dicht bewaldeten Grenzen sowie der Seeweg.

Seit einigen Jahren wächst der illegale Handel mit Schusswaffen sowie Mordzahlen zudem [exorbitant](#) an. Nichtsdestotrotz lockerte die ecuadorianische Regierung Guillermo Lassos im Jahr 2022 mehrere Maßnahmen zur Kontrolle von Schusswaffen und kehrte einige der vorherigen Bestimmungen um, was zu einer Ausweitung des legalen Marktes für Schusswaffen und zu einer weiteren Verschärfung der Gewalt führte. Zum 1. April 2023 wurden dann zudem das Verbot zur Einfuhr und des Tragens von Schusswaffen und aufgehoben, sodass nun relativ einfach Waffen zur Selbstverteidigung getragen werden können.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

[T]he government made progress in achieving economic equilibrium with the support and financing of multilateral economic organizations. However, the severe economic situation, the new international economic situation marked by the war and the change of the economic cycle in China, and the chronic lack of productivity of the national economy have led to ongoing social discontent. Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/ECU>

Tabelle 16

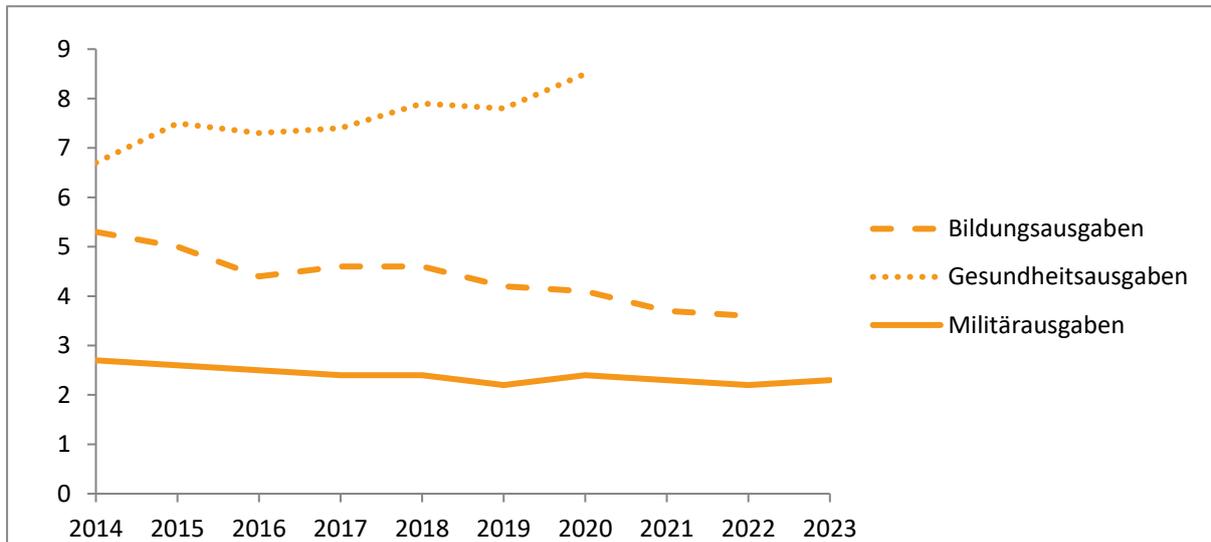
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2422	2441	2492	2586	2664
Militärausgaben/BIP	2,2	2,4	2,3	2,2	2,3
Gesundheitsausgaben/BIP	7,8	8,4	8,3	-	-
Bildungsausgaben/BIP	4,2	4,1	3,7	3,6	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2018	2019	2020	2021	2022
Auslandsverschuldung	44959	51895	56423	58070	60685
Anteil am BIP (in Prozent)	41,8	48,2	58,9	54,1	52,1
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	220,4	399,7	259,81	208,15	339,47
Net ODA (% of GNI)*	0,21	0,37	0,27	0,2	-
Deutsche ODA Zahlungen*	49,28	45,17	33,01	40,11	30,8

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2022); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2022).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	91,3	94,8	92,2	91,7	95,6
Index-Platzierung	87	87	89	87	80

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2019	2020	2021	2022	2023
Kolumbien	Militarisierungswert	113,2	115,9	108,4	105,6	106,2
	Index-Platzierung	64	61	69	71	71
Peru	Militarisierungswert	100,4	101,2	95,7	95,9	94,6
	Index-Platzierung	79	79	86	81	82

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2019	2020	2021	2022	2023
Kolumbien	Militärausgaben (absolut)	9158	9453	9865	9661	9795
	Militärausgaben/BIP	3,1	3,5	3,2	2,8	2,9
Peru	Militärausgaben (absolut)	2762	2731	2891	2799	2750
	Militärausgaben/BIP	1,2	1,3	1,2	1,2	1,1

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2022). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2018	2019	2020	2021	2022
HDI-Wert	0,761	0,758	0,734	0,746	0,765

Quelle: [htSpecific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](https://specific.country.data|human.development.reports.undp.org)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung:

Der Weltbank zufolge zählt Ecuador mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 6.510 US-Dollar zu den Ländern mit einem gehobenen mittleren Einkommen („upper-middle income economies“). Auf dem Global Competitiveness Index 2019 erzielte es 55,7/100 Punkten und belegt damit einen Platz im unteren Mittelfeld (Platz 90 von 141). Mit einem Wert von 0,765 rangiert Ecuador auf Platz 83 von 193 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2022, was in den HDI-Kategorien einer „hohen menschlichen Entwicklung“ entspricht. Die Gefahr, dass unverhältnismäßige militärische Ausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist gering.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 6.510 US-Dollar gehört Ecuador der Weltbank nach zu den Ländern mit einem gehobenen mittleren Einkommen („upper-middle income economies“). Die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2022 52,1 Prozent. Aktuell schuldet Ecuador dem Internationalen Währungsfonds (IWF) rund 5,9 Mrd. US-Dollar; es hat in letzter Zeit circa 15 Mio. US-Dollar an ihn zurückgezahlt. Auf dem Global Competitiveness Index 2019 erzielte Ecuador 55,7 von 100 möglichen Punkten und rangiert damit (Platz 90 unter 141 Staaten) im unteren Mittelfeld. Auf demselben Ranking belegte Deutschland 2019 vergleichsweise Rang 7.

Die Wirtschaft Ecuadors hatte in den letzten zehn Jahren stark schwankende Wachstumsraten zu verzeichnen. 2016 sank das BIP um 0,7 Prozent, es wuchs jedoch im Folgejahr wieder um 6 Prozent. Die COVID-19-Pandemie hat die ecuadorianische Wirtschaft 2020 hart getroffen (-9,2); 2021 wuchs das BIP allerdings um 9,8 Prozent, 2022 um 6,2 und 2023 um 2,4 Prozent. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei machten 2023 7,7 Prozent am BIP in Ecuador aus; der Anteil der ecuadorianischen Beschäftigten, die in der Landwirtschaft arbeiten, ist der International Labour Organization (ILO) zufolge jedoch seit 2014 (25 Prozent) kontinuierlich gestiegen und belief sich 2021 auf 32 Prozent, während der Anteil jener in der Industrie insgesamt auf 17 Prozent (2021) gesunken ist. Parallel dazu ist auch der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor seit 2014 insgesamt gesunken, von 55 Prozent auf 51 Prozent in 2021.

Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,765 rangiert Ecuador auf Platz 83 von 193 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2022, was in den HDI-Kategorien einer „hohen menschlichen Entwicklung“ entspricht. Damit liegt es hinter den Nachbarländern Peru (Rang 87) und Kolumbien (Rang 91), die ebenfalls eine „hohe menschliche Entwicklung“ verzeichnen. Zum Vergleich: Deutschland liegt auf 2022 auf dem siebten Platz. Dem Gender Development Index zufolge gehört Ecuador mit einem Wert von 0,990 zur Gruppe der Länder mit „hoher“ Gleichheit in den Ergebnissen auf dem HDI zwischen den Geschlechtern. Das Verhältnis von Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen (BNE) betrug laut Weltbank 2021 lediglich 0,3 Prozent. Für 2022 liegen diesbezüglich keine Daten vor.

Die Arbeitslosigkeit betrug in den letzten zehn Jahren zwischen 3,1 Prozent und 4,6 Prozent – eine Ausnahme bildet das Jahr 2020, als sie bedingt durch die COVID-19-Pandemie auf 6,1 Prozent kletterte. 2022 lag sie bei 4 Prozent. Grundsätzlich ist dies kein bedenklicher Anteil. Die Jugendarbeitslosigkeit lag 2022 bei 8,3 Prozent, nachdem sie durch die Pandemie auf 11,1 Prozent (2020) angestiegen war, was ebenfalls ein niedriger Prozentanteil ist. 2022 lebten in Ecuador 3,2 Prozent der Bevölkerung mit maximal 2,15 US-Dollar in extremer Armut; mit maximal 3,65 US-Dollar lebten 2022 9,5 Prozent der Bevölkerung. 2020 haben

Pandemiebedingt 14,4 Prozent der Ecuadorianer:innen in Armut gelebt und 6,5 Prozent in extremer Armut. Besonders betroffen von der Armut sind indigene Bevölkerungsgruppen im Norden des Landes. Dem [Sustainable Development Report](#) zufolge steht Ecuador damit hinsichtlich der Erreichung von Sustainable Development Goal (SDG) 1 („no poverty“) vor signifikanten Herausforderungen. Hinsichtlich SDG 2 („zero hunger“) steht es sogar vor erheblichen Herausforderungen, besonders der Indikator zu Unterernährung verzeichnet einen sich verschlechternden Score. Außerdem steht es vor erheblichen Herausforderung in Hinblick auf die Erreichung von SDG 10 („reduced inequalities“), wo sich der Score auch noch verschlechtert. Auf dem Gini-Index, der die Ungleichheit in einem Land misst, erzielt Ecuador einen Gini-Koeffizienten von 45,5 (2022), was als bedenklich zu bewerten ist.

Die Bildungsausgaben gemessen am BIP lagen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich bei 4,5 Prozent. Sie sind nahezu konstant gesunken und lagen 2022 bei 3,6 Prozent/BIP. Im Bildungsbereich gibt es insgesamt ein gutes Infrastrukturnetz an Schulen und Universitäten. Die Alphabetisierungsquote ist mit rund 94 Prozent (2022) hoch und es existieren gute Zugangsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu Bildungseinrichtungen unabhängig von ihrer Herkunft. In der Gesundheitsversorgung existiert hingegen eine relative Ungleichbehandlung abhängig vom wirtschaftlichen Status. Indigene Bevölkerungsgruppen sind direkt von der Armut bedroht und haben somit durch ihre wirtschaftlichen Nachteile oft nur Zugang zum staatlichen Gesundheitssystem, das häufig als ineffizient bezeichnet wird. Die Gesundheitsausgaben beliefen sich im letzten Jahrzehnt auf durchschnittlich 7,5 Prozent am BIP. 2020 gab Ecuador 8,5 Prozent/BIP für sein Gesundheitssystem aus. Die Militärausgaben lagen mit durchschnittlich 2,5 Prozent/BIP (deutlich) unter den Gesundheits- und Bildungsausgaben; der Anteil am BIP ist auch leicht gesunken von 2,9 Prozent (2013) auf 2,2 Prozent (2022). Auf dem Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2024 belegte Ecuador Platz 80 unter 149 Staaten, was einer moderaten Militarisierung entspricht.

Auf Basis von Kriterium 8, also der Gefahr der Beeinträchtigung der Entwicklung durch unverhältnismäßige militärische Kapazitäten, sind Rüstungsexporte nach Ecuador derzeit eher als „nicht kritisch“ zu bewerten. Eine kritische Prüfung sollte dennoch in Hinblick auf die Gefahr der unerlaubten Wiederausfuhr und auf die Menschenrechtssituation erfolgen.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Februar 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



MITGLIED Johannes-Rau-
DER Forschungsgemeinschaft